

Resolution des NGG-Hauptvorstands:

Schutzsuchende willkommen heißen und Perspektiven bieten

Fast 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Elend und Zerstörung. 20 Millionen davon außerhalb ihres Heimatlandes. Die Bundesregierung rechnet mit bis zu 800.000 Asylbewerbern in diesem Jahr.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen steht hinter dem Menschenrecht Asyl. Trotzdem brennen Flüchtlingsheime, greifen Nazis Menschen an, die für den Schutz der Flüchtenden einstehen. Die Brandstifter und Schläger sind keine besorgten Bürger, Mordanschläge dürfen nicht zu Randnotizen in den Nachrichten und Tageszeitungen werden.

Jegliche Menschenverachtung muss mit allen Mitteln unseres Rechtsstaates bekämpft werden und darf nicht verharmlosend als Teil der Auseinandersetzung eingeordnet werden.

Für NGG gilt: Schutzsuchende haben ein Recht auf unsere Hilfe und brauchen eine Perspektive und gerechte Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Hierzu gehört insbesondere die Möglichkeit, an Bildungsmaßnahmen und Schulbesuchen teilzunehmen. Es ist eine wirksame Unterstützung zur Integration in den Arbeitsmarkt notwendig, um dadurch die Menschen in die Lage zu versetzen, eigenständig für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können. Dafür tragen sowohl Staat, als auch die Wirtschaft Verantwortung.

1. Qualifikationsniveaus feststellen / Anerkennungsverfahren beschleunigen

Schutzsuchende bringen eine Vielzahl von beruflichen Qualifikationen sowie eigenständige Kenntnisse und Erfahrungen bereits mit. Hier gilt es, diese bereits in den Aufnahmeeinrichtungen aufzunehmen, um dann zielgerichtet auf dieser Basis weiter zu qualifizieren und zu entwickeln. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass viele Schutzsuchende Erlebnisse wie Krieg und Vertreibung erlebt haben. Daher ist die Bewältigung der Traumatisierung ebenfalls zu berücksichtigen. Weiter muss die Anerkennung von im Ausland erworbener Qualifikationen unmittelbar erfolgen.

2. Sprachkurse verstärken

Das Erlernen der Sprache ist die wesentliche Grundlage die Integration auf dem Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft. Die Menschen brauchen einen schnellen und verbindlichen Zugang zu Sprachkursen. Hierzu müssen die vorhandenen Möglichkeiten auch personell und finanziell ausgebaut werden. Dies stärkt darüber hinaus auch die Arbeitsmarktchancen, da viele Schutzsuchende aufgrund von Sprachproblemen nicht von der verkürzten Zugangsfrist zum Arbeitsmarkt von drei Monaten profitieren.

3. Kein Lohndumping und Senkung der Arbeitsstandards

NGG lehnt eine Absenkung der Arbeitsstandards und der gesetzliche Regelungen wie etwa des Mindestlohns auf Kosten der Schutzsuchenden ab. Wer aus einem totalitären System flüchten muss, darf in einem demokratischen Staat nicht erleben, dass die jeweilige Arbeit weniger wert ist. Der kurzfristige Zustrom von Arbeitskräften darf nicht zu Lohnabbau und Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen führen.

Sicherheit durch Tarifvertrag und Perspektive am Arbeitsmarkt gelten für alle Menschen. Dies bedarf auch einen verantwortlichen und angemessenen Umgang mit der Vorrangprüfung. Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind entsprechend der gesetzlichen Regelungen durchzuführen. Die zuständigen Behörden müssen verstärkt ihrer Aufsichts- und Kontrollfunktion nachkommen, um so einer möglichen Ausbeutung der Schutzsuchenden vorzubeugen.

4. Praktikum bleibt Praktikum

Praktikantenverhältnisse unter dreimonatiger Dauer sind vom Mindestlohngesetz ausgenommen. Politik, Ordnungsbehörden und Kammern haben durch Überwachung sicherzustellen, dass durch diese Regelung keine Hintertür für Missbrauch geöffnet wird.

5. Ausbildungschancen für Alle

Auch junge geduldete Schutzsuchende brauchen einen von Eltern unabhängigen sicheren Aufenthalt um eine Ausbildung starten zu können.

6. Asylverfahrensdauer verkürzen

Deutschland ist EU-weit Schlusslicht bei der Bearbeitung von Asylanträgen. Die dadurch bedingte belastende Wartezeit erschwert Schutzsuchenden durch die fehlende Planungssicherheit die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Es sind Lösungen zu entwickeln und voranzutreiben, die eine zügige und faire Bearbeitung eines Antrags ermöglichen.

7. Fluchtursachen bekämpfen

Die Diskussion über den Umgang mit den weltweiten Flüchtlingsströmen darf nicht losgelöst von der Ursachenbewältigung geführt werden. Die NGG fordert die Bundesregierung auf, Waffenexporte in Länder, die in Krisengebieten liegen, diese verursachen oder steuern, sofort zu unterbinden.

Die NGG setzt sich dafür ein, dass die natürlichen Lebensgrundlagen für jeden Menschen zugänglich sind. Wir brauchen nationale und internationale Regelungen für eine nachhaltige und soziale Entwicklung.

Entwicklungspolitik muss deswegen auch darauf ausgelegt sein, mit einem Wissenstransfer und Unterstützung das Bildungsniveau der Krisenländer gemeinsam zu verbessern.

8. Rassismus bekämpfen – nicht nur in Deutschland

Die Gewerkschaft NGG unterstützt eine Flüchtlingspolitik, die auf einem solidarischen und nachhaltigen Fundament ruht. Dafür setzen wir uns mit unseren Betriebsräten, JAVen und Vertrauensleuten in unseren Branchen und Betrieben ein. Zu dieser Politik muss die Entdämonisierung von Schutzsuchenden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Scheinasylanten“ gehören – es ist eine gesellschaftliche Anstrengung mit Unterstützung durch staatliche Integrationskampagnen auch für die deutsche Bevölkerung und mediale Informationsarbeit erforderlich, um Ängste abzubauen und persönliche Begegnungen zu fördern.

Dieses Engagement darf nicht an unseren Landesgrenzen enden. Rassismus gehört bekämpft, verurteilt und sanktioniert. Die Bundesrepublik muss sich deswegen im europäischen wie auch im globalen Rahmen dafür einsetzen, dass Schutzsuchenden mit Menschlichkeit begegnet wird und legale Fluchtrouten geschaffen werden. Der Weg nach Europa und auch innerhalb Europas darf für die Schutzsuchenden nicht mit der Gefahr für Leib und Leben verbunden sein.

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen sich als Wertgemeinschaft ihrer gemeinsamen Verantwortung stellen: Wir brauchen eine faire und solidarische europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik. Es bedarf einer grundlegenden Reform der EU-Asylpolitik mit dem Ziel eines einheitlichen Asylrechts, bei dem der Schutz der Menschen im Fokus steht. Eine Asylgesetzgebung, die ausschließlich das Ziel hat, den Kreis der Schutzbedürftigen per Gesetz zu minimieren, lehnen wir ab.

NGG-Hauptvorstand September 2015